

ver.di

vau

**UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER**

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

**Berliner Tarif- und
Besoldungsrunde**
**Der Senat wünscht
Frohe Weihnachten**



ver.di fordert: Gerechte Bezahlung jetzt!

Minus-Angebot des Senats vom 29.9.2009

- Einkommensstillstand in 2010
- 1,2 % ab Januar 2011 und 40 Wochenstunden für alle
- Einkommensabstand zu den anderen Bundesländern soll gleich bleiben
- Keine Angleichung Ost- auf Westniveau.

5,9 % – so lautet nicht das Einkommensangebot des Berliner Senats in den Tarifverhandlungen, sondern das ist der Einkommensrückstand der Beschäftigten des Landes Berlin gegenüber den anderen Bundesländern.

Seit 2004 haben wir im öffentlichen Dienst Berlins jährlich 500 Millionen Euro zur Sanierung des Berliner Haushalts beigetragen und so einen unvergleichlichen solidarischen Beitrag zur Sanierung des Landeshaushalts geleistet. Damit ist jetzt endgültig Schluss!

ver.di fordert spürbare Einkommenserhöhungen in 2010 für alle Beschäftigten des Landes Berlin und die verlässliche Angleichung an die Einkommensverhältnisse der anderen Bundesländer. Und wir fordern, dass nach 20 Jahren endlich die Tarifmauer zwischen Ost und West in Berlin fallen muss. Und unsere Forderungen sind mehr als berechtigt.

Seit 1995 wurden im öffentlichen Dienst in Berlin fast 70000 Stellen abgebaut, ohne dass sich die Aufgaben vermindert hätten. Diese Entwicklung muss zwangsläufig auf Kosten der Sicherheit, der Bildung und der Gleichmäßigkeit der Besteuerung gehen.

In den Berliner Finanzämtern sind seit 1996 rund 25 % aller Stellen (= 2077) weggefallen. Auch hier versuchen die Kolleginnen und Kollegen die steigende Arbeitsbelastung irgendwie zu bewältigen. Oft müssen sie wider besseres Wissen falsche Angaben überneh-

men und können nur noch oberflächlich prüfen. Im Ergebnis gehen dadurch immense Einnahmen verloren, die gerade jetzt dringend gebraucht werden. Viele Kolleginnen leiden unter der Situation, gesetzliche Vorschriften nicht mehr anwenden und durchsetzen zu können.

Diese Arbeitsverdichtung wäre Grund genug, den Berliner Beschäftigten im öffentlichen Dienst angemessene Gehaltserhöhungen wie in den anderen Bundesländern zuzubilligen.

Auch der Beitrag der Beschäftigten zur Sanierung des Berliner Haushalts hätte Anerkennung und Wertschätzung verdient. Stattdessen verhöhnt der Berliner Senat seine Beschäftigten mit Minusangeboten (siehe Schlaglicht S. 3). Diejenigen, die unter erschwerten Bedingungen ihren Anteil für das Funktionieren dieses Gemeinwesens leisten, werden bewusst herabgesetzt. Das hat inzwischen Methode. Der Senat praktiziert eine konsequente Politik des systematischen Herabwürdigens öffentlicher Leistungen, um sie als überflüssig und minderwertig zu diffamieren.

Auch dagegen müssen sich alle Kolleginnen und Kollegen wehren. Wir müssen dem Senat zeigen, dass wir diese Politik nicht hinnehmen und eine angemessene Bezahlung für unsere Arbeit verlangen.

Übrigens:

In 2011 sind Wahlen zum Abgeordnetenhaus ...

FA 2010

SenFin gibt starren Zeitrahmen auf

Nachdem ver.di im Gespräch mit dem Finanzsenator Dr. Nußbaum die Bedenken der KollegInnen gegen das Organisationskonzept „Finanzamt 2010“ deutlich gemacht hat, hat SenFin jetzt gegenüber ver.di erklärt, dass beabsichtigt sei, das starre Korsett des FA-2010-Konzeptes aufzugeben. Der Zeitpunkt 31.12.2010 für die Umsetzung des Schrittes 6 (tatsächliche Einführung

der Kombi-Sachgebiete) soll aufgegeben und den Finanzämtern bei der Verwirklichung freie Hand gegeben werden. ver.di begrüßt diese Entwicklung als einen Schritt in die richtige Richtung. Wir haben gegenüber SenFin aber deutlich gemacht, dass ver.di – wie auch der GPR – an der Forderung, auf die Umsetzung des Schrittes 6 endgültig zu verzichten, festhält.

Die vau sowie weitere
Informationen und
Links können Sie bei
www.vau-online.de
einsehen.

Schluss mit der Verhöhnung

Schlaglicht

Das von Innensenator Körting in den Tarifverhandlungen Ende September auf den Tisch gelegte „Angebot“ ist ein Affront gegen alle Beschäftigten des Landes Berlin. Es ist gleichermaßen ein Schlag ins Gesicht der Tarifbeschäftigten und der Beamtinnen und Beamten. Verhandlungsfähig ist es jedenfalls nicht, denn unter dem Strich hat Körting weiteren Einkommensstillstand mit anschließender Verschlechterung angeboten. 1,2 % mehr ab 2011 bei gleichzeitiger Arbeitszeiterhöhung auf 40 Stunden bedeutet nur ein weiteres Minus für die Beschäftigten. Mit der Presseerklärung zu seinem Angebot setzt der Senat dann noch eins drauf und führt die Öffentlichkeit bewusst in die Irre, denn alle Nachteile verschweigt er hier ganz bewusst.

Dieser unsoziale Senat verhöhnt seine Beschäftigten und diffamiert sie auf diese Weise auch noch in der Bevölkerung. Dabei macht Wowereit in Talksendungen auf sozial und arbeitnehmerfreundlich. Solche Heuchelei muss beendet werden!

Wowereit & Co. haben den Beschäftigten permanente Arbeitsverdichtung durch immensen Stellenabbau zugemutet und werden dies auch weiterhin tun. In allen Bereichen zeigt sich mangelnder Gesetzes- und Maßnahmenvollzug. Dieselben Politiker, die von mehr Sicherheit, von mehr Bildung, von mehr Steuergerechtigkeit reden, bezahlen ihre Beschäftigten schlechter als in jedem anderen Bundesland, bauen ständig weitere Stellen ab und wundern sich dann auch noch über einen hohen Krankenstand. Sie sind es, die dafür verantwortlich sind, sie sind es, die uns krank machen.

Wir lassen uns nicht verhöhnern und diffamieren. Sollte bis zum Ende der Friedenspflicht kein akzeptables Angebot vorliegen, werden wir zu Aktionen aufrufen und diesem Senat ordentlich einheizen – notfalls bis zur nächsten Wahl in Berlin. Wir alle müssen diesem Senat zeigen, dass er mit uns nicht so umspringen kann.

Ihr Klaus-Dieter Gössel



Klaus-Dieter Gössel

Vorsitzender der
Fachkommission
Steuerverwaltung
ver.di Berlin

Vertrauen ist besser

Maschinelle Zeiterfassung kommt nicht

Der Finanzsenator hat jetzt entschieden: In der Berliner Finanzverwaltung wird keine maschinelle Zeiterfassung eingeführt. Offensichtlich hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Investition von mehr als 600 000 € zuzüglich bisher nicht bezifferter laufender Betriebskosten nicht in eine Zeit ständig steigender Landesschulden passt. Die Mittel können sinnvoller ausgegeben werden. Diese Erkenntnis hatte ver.di schon vor fünf Jahren.

Wir begrüßen diese Entscheidung. SenFin war nie bereit, die Dienstvereinbarung zur flexiblen Arbeitszeit (DV-Flex) – wie von ver.di gefordert – auf das maschinelle Verfahren zu übertragen. Die Verantwortlichen in der Senatsverwaltung wollten nicht nur den Dienstbeginn und das Dienstende, sondern jedes Verlassen des Dienstgebäudes, ob zur Pause oder wegen eines Dienstganges, maschinell erfassen. Das hätte einen immensen bürokratischen Aufwand verursacht, denn unzählige Nach- und Berichtigungsbuchungen wären erforderlich geworden. Und es wäre als Zeichen des Misstrauens gegenüber der großen Masse der Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit auch ohne maschinelle Kontrolle korrekt erfasst haben, verstanden worden. Außerdem war zu befürchten, dass die direkten Vorgesetzten Zugriff auf die Daten im laufenden Monat ohne Wissen der Beschäftigten erhalten sollten. Kontrolle ist angeblich gut, Vertrauen ist aber besser!



Stolpersteine

vor dem Finanzamt Schöneberg

Seit einigen Jahren werden in Berlin und anderen Städten „Stolpersteine“ verlegt, die an die Deportation von jüdischen MitbürgerInnen erinnern. Ab Oktober 1941 wurden mehr als 50 000 Berliner Juden vom Bahnhof Grunewald per Güterwagen in Ghettos oder Vernichtungslager in Osteuropa deportiert. Vor kurzem wurden zwei dieser Stolpersteine direkt vor dem Eingang des Finanzamts Schöneberg verlegt. Sie erinnern an Jenny und Hanni Fabian, die hier bis 1942 in ihrer Mietwohnung gelebt hatten und am 28.3.1942 deportiert wurden.



Ein herzliches Willkommen

... an unsere SteuerinspektorenInnen „auf Probe“ und unsere Zeitangestellten!

Ihr habt es endlich geschafft und alle Hürden gemeistert: drei Jahre anspruchsvolle Ausbildung, die Laufbahnprüfung und zu guter Letzt den Schritt in die Verwaltung. Wir gratulieren allen KollegInnen und hoffen, Ihr hattet einen guten Start in den mittlerweile wahrscheinlich schon eingelebten Arbeitsalltag. Für die Zukunft wünschen wir Euch weiterhin alles Gute!

Die Zeitangestellten können sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine Übernahme ins Beamtenverhältnis im nächsten Jahr freuen. Wir versuchen, wie auch in diesem Jahr, darauf hin zu wirken, dass Ihr Euch nicht bis zum 1.10.2010 gedulden müsst.

... an unsere Steuer- und FinanzanwärterInnen!

Liebe AnwärterInnen, auch wenn wir Euch schon persönlich begrüßt haben, möchten wir die Chance nutzen, Euch auch auf diesem Weg willkommen zu heißen und einen guten Start in eine spannende und erfolgreiche Ausbildungszeit zu wünschen. Den ersten Abschnitt in der Fachhochschule Königs Wusterhausen habt Ihr fast geschafft und die Klausuren stehen unmittelbar bevor. Wir drücken Euch die Daumen, dass Ihr gut vorbereitet und mit starken Nerven gute Ergebnisse erzielen könnt. Im nächsten Jahr werdet Ihr dann Euer Ausbildungsfinanzamt besser kennenlernen. Die praktische Arbeit wird sicherlich eine gern gesehene Abwechslung zum momentan noch vorherrschenden Theorie-Alltag bieten. Wir freuen uns auf Euch! Eure ver.di-Jugend
Francisca Bier, André Knoblauch und Nadine Lichhorn

Wir möchten euch die Möglichkeit und uns die Chance zum Kennenlernen bieten.

Unsere Jugendgruppe trifft sich zu einer gemütlichen Runde am **19.1.2010** ab 18 Uhr im Cancun am Potsdamer Platz.

Für Fragen und Infos:

Nadine 9024-24459 oder 0170/5215929

Francisca 9024-13341 oder 0179/7873008.

Bessere Zeiten!?

Wir als ver.di-Jugend fordern Jahr für Jahr höhere Einstellungszahlen für die Finanzämter und machen bei jeder Gelegenheit auf die schlechter werdende Personalsituation, die dadurch wachsende Arbeitsbelastung und die mittlerweile erschreckend hohe Altersstruktur aufmerksam.

Die Verwaltung hat das Problem jetzt endlich erkannt und verspricht zumindest die aktuelle Stellenausstattung von 90 % der Personalbedarfsberechnung zu halten. Das heißt, dass künftig alle KollegInnen, die die Steuerverwaltung verlassen, auch ersetzt werden sollen. SenFin geht dabei von ca. 150–160 Beschäftigten pro Jahr aus.

Um dieses Versprechen halten zu können, müssen erheblich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Damit genügend geeignete BewerberInnen zu finden sind, ist SenFin nun

erstmals auch auf Ausbildungsmessen und Bewerbungstagen vertreten und macht mit Plakaten und Flyern auf sich aufmerksam. Eine gute Idee, die wir begrüßen und auch vor Ort unterstützen.

In diesem Jahr haben 129 Nachwuchskräfte die Ausbildung bei uns begonnen. Die 100 Ausbildungsplätze im gehobenen Dienst konnten fast vollständig besetzt werden. Im mittleren Dienst hat die Senatsverwaltung jedoch nur 31 Einstellungen vorgenommen und so 19 mögliche Plätze unbesetzt gelassen. Es hieß, zu wenig geeignete BewerberInnen waren zu finden. Das darf sich angesichts der Arbeitsbelastung in den Finanzämtern nicht wiederholen. Neue Wege zu gehen und aktiv für die Steuerverwaltung zu werben, ist ein Schritt in die richtige Richtung. SenFin muss jetzt Wort halten und die Zahl der Ausbildungsplätze deutlich erhöhen und auch ausschöpfen, um in den kommenden Jahren eine bedarfsgerechte Ausbildung mit Übernahme zu ermöglichen.



Francisca Bier und Nadine Lichhorn auf der Ausbildungsmesse

„Das Notebook ist unser Arbeitsplatz!“

Zum Jahresende konkretisieren sich die Pläne der Senatsverwaltung hinsichtlich der Anschaffung von neuen Notebooks für die Betriebs-, Lohnsteueraußen- und Umsatzsteuer-Sonderprüfer sowie die BNV-Prüfer. Ursprünglich sollten 15-Zoll-Geräte mit einem externen Zahlenblock von der Firma Hewlett-Packard angeschafft werden. Zur Begründung wurde auf Nachfragen angegeben, dass 17-Zoll-Geräte mit integriertem Zahlenblock zu schwer und im Businessbereich mit einer 5jährigen Herstellergarantie nicht zu erhalten seien. Ferner sei nur die Anschaffung von 15-Zoll-Geräten ohne eine europaweite Ausschreibung zulässig, da in der Vergangenheit durch das ITDZ eine diesbezügliche Ausschreibung für alle Notebooks des öffentlichen Dienstes in Berlin erfolgt sei. Die für diese Geräte im Haushalt vorgesehenen Mittel wurden nun jedoch kurzfristig für den Umzug des Technischen Finanzamts benötigt, so dass die Anschaffung auf Anfang 2010 verschoben wurde.

Glücklicherweise, muss man sagen. So ergibt sich die Möglichkeit, die Planungen noch einmal kritisch zu überdenken und für die KollegInnen in der Außenprüfung der Finanzämter ein Arbeitsgerät zu besorgen, welches den Bedürfnissen der dort Beschäftigten besser gerecht wird. Dies wäre auch eine gute Gelegenheit für die Senatsverwaltung, die seit über einem Jahr ausgesetzten Gespräche mit den in den Ämtern benannten PC-Beratern bzw. -Betreuern wieder aufleben zu lassen.

„Das Notebook ist unser Arbeitsplatz!“ meinen Prüfer und weisen darauf hin, dass außer diesem Arbeitsmittel die von Betrieben und Steuerberatern zur Verfügung gestellten „Arbeitsplätze“ nur im Ausnahmefall mit denen im Finanzamt vergleichbar sind. Im Zeitalter von BpAEuro, IDEA und BpA-Bericht müssen aber alle Prüfungen mit dem Notebook durchgeführt und abgeschlossen werden. Das von der Senatsverwaltung in Aussicht gestellte „Ausstattungspaket“ mit externem Zahlenblock, Maus und externer zusätzlicher Tastatur, alle verkabelt, ist nicht praktikabel, weil dann draußen kein Platz mehr bleibt, um die eigentlichen Buchführungsunterlagen in Augenschein zu nehmen. Zudem sind die zu nutzenden Programme durch die vielen Zahlenkolonnen sehr anstrengend für die Augen; ein größerer Monitor beugt hier (weiteren) Schädigungen

der Augen vor. Der integrierte Zahlenblock ist für PrüferInnen nicht nur ein „Muss“ wegen der vielen zu erfassenden Zalen. Sie wollen neben Notebook, Netzteil sowie Akten, Getränk und Pausenbrot nicht noch mehr Zubehör mit sich herumtragen. Dies erklärt auch den Wunsch einer großen Zahl der im Außendienst beschäftigten KollegInnen nach anzuschaffenden Trollis, damit die schwere Arbeitsplatzausstattung möglichst rücken-schonend transportiert werden kann.

Rückfragen der vau-Redaktion bei BetriebsprüferInnen sowie den PC-Beratern in mehreren Ämtern ergaben, dass diese sogar notfalls die Fristen einer europaweiten Ausschreibung in Kauf nehmen würden, um dann ein möglichst optimales Arbeitsgerät zu bekommen. Schließlich sollen sie wieder mindestens fünf Jahre damit arbeiten. Tatsächlich werden die derzeitigen Geräte bald volle sechs Jahre genutzt. Überprüfungen der derzeitigen Marktlage haben zudem ergeben, dass es doch Geräte mit 15- oder 17-Zoll und integriertem Zahlenblock im Businessbereich, also mit 5-jähriger Garantie gibt. Kleinere Geräte mit schlechterer Ausstattung zu erwerben, hieße daher, am falschen Ende zu sparen, zumal die Senatsverwaltung nur noch umgerechnet für jeden zweiten Prüfer einen neuen tragbaren Drucker anschaffen will und damit ebenfalls Kosten einspart. Dies lässt auch finanziellen Raum für Funktastatur und -Maus.



Klaus Wilzer im Interview zum Thema auf Seite 6

Auch bei Beamten darf Urlaub nicht verfallen

Der EuGH hatte entschieden, dass es europäischem Recht widerspricht, wenn Urlaub für ArbeitnehmerInnen verfallen soll, weil sie am Ende des Übertragungszeitraums erkrankt waren und nicht die Möglichkeit hatten, den Jahresurlaub zu nehmen. Bisher war nicht geklärt, ob das auch für BeamtInnen gilt.

Das OVG Nordrhein-Westfalen hat mit Urteil vom 21.9.2009 entschieden:

- Beamte sind Arbeitnehmer im Sinne des Art. 7 Abs. 1 RL 2003/88/EG.
- Kann ein Urlaub krankheitsbedingt nicht genommen werden, so verfällt er nicht, auch wenn die Krankheit über das Verfallsdatum hinaus angedauert hat.
- Ausnahme: Besteht die Krankheit noch beim Eintritt in den Ruhestand, verfällt der nicht in Anspruch genommene Urlaub.

Danach ist die Regelung auch auf BeamtInnen anzuwenden.



Das Beste ist gut genug

Klaus Wilzer, GPR-Vorsitzender, im Interview

vau: Die Senatsverwaltung hat die Neuanschaffung der Notebooks für alle Außenprüfer auf Anfang 2010 verschoben. Du kommst selbst aus der Betriebsprüfung. Worauf ist Deiner Meinung nach vor allem zu achten?

Klaus Wilzer: Seit meiner aktiven Bp-Zeit hat sich die Arbeitssituation erheblich verändert. Und sie ist nicht leichter geworden. Es muss darum gehen, mit den bestmöglichen Geräten möglichst optimale Arbeitsbedingungen im Außendienst zu schaffen.

vau: Das heißt?

Klaus Wilzer: 1200 Beschäftigte bekommen nicht nur ein neues Arbeitsgerät, sondern die zentrale

Ausstattung ihres Arbeitsplatzes für die nächsten fünf Jahre. Da ist das Beste gerade gut genug. Die Betroffenen müssen in diese Entscheidung einbezogen werden. Dafür haben wir schon vor Jahren das Berater/Betreuer-Modell verabredet.

vau: Warum ist gerade hier die Kompetenz der Prüferinnen und Prüfer so wichtig?

Klaus Wilzer: Es geht immerhin um die Gesundheit von 1200 Kolleginnen und Kollegen. Da spielen das Gewicht der Geräte, die komfortable Handhabung und die Monitorgröße eine entscheidende Rolle. Und wer sagt denn, dass für alle das gleiche Gerät am besten geeignet ist? Außerdem ist eine vernünftige Dockingstation im Finanzamt unverzichtbar.

Anzeige

Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –
NÜRNBERGER Beamtendarlehen.

125 JAHRE

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

NÜRNBERGER

VERSICHERUNGSGRUPPE



Finanzdienstleister
für den Öffentlichen Dienst.

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG

Bezirksdirektion Berlin GA, Thomas Otto

Kurfürstendamm 40/41, 10719 Berlin

Telefon 030 88422-320, Fax 030 88422-350

thomas.otto@nuernberger.de

www.nuernberger.de

Uli und Bert

Eltern-Kind-Arbeitsplatz im Finanzamt Spandau eröffnet

„Hat dein Teddy denn auch einen Namen?“ Mit diesen Worten betritt der Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum am 28. Oktober den neuen Eltern-Kind-Arbeitsplatz im Finanzamt Spandau. Freundlich lächelnd geht er sofort auf eine der wichtigsten Personen am heutigen Tage zu, nämlich auf die vierjährige Lara. Und ganz stolz verkündet sie: „Der heißt Bert.“ Was viele nicht wissen, erst am gleichen Morgen hat sie ihrer Mutter verraten: „Mama, ich möchte, dass mein Teddy Bert heißt.“

Was das Finanzamt Spandau da in wenigen Wochen auf die Beine gestellt hat, kann sich wirklich sehen lassen. Drei Zimmer wurden abseits des üblichen Finanzamtstrubels frisch renoviert und eingerichtet. Zwei Arbeitsplätze erlauben es jetzt Vätern und Müttern, in Betreuungsnotsituationen ihre Kinder mit zur Arbeit zu bringen. Und der Vorsteher des Finanzamtes Spandau, Detlef Grabbert, steht voll und ganz hinter diesem Projekt.

ver.di hat von Anfang an die Auffassung vertreten, dass hier eine Dienstvereinbarung zwischen GPR und SenFin abgeschlossen werden sollte. „Es gibt bisher nichts Vergleichbares in Deutschland. Unser Dienstvereinbarungsentwurf, den wir innerhalb weniger Tage auf die Beine gestellt haben, hat wohl auch SenFin überzeugt, denn es gab kaum Änderungswünsche“, so Klaus Wilzer, Vorsitzender des Gesamtpersonalrats. „Wir wollen so auch eine Verbindlichkeit herstellen, denn andere Finanzämter sollten diesem guten Beispiel jetzt folgen“, so Wilzer weiter.

Einer der Höhepunkte der Eröffnung ist dann auch die Unterzeichnung der Dienstvereinbarung durch Klaus Wilzer und Dr. Ulrich Nußbaum. Und die erfolgt natürlich am Kinderspieltisch. Einmal mehr haben Wilzer und Nußbaum dabei die Betroffenen im Auge, denn die achtjährige Nele unterschreibt auch die neue Dienstvereinbarung – stellvertretend für Lara (4), Finola (5) und alle anderen „Spandauer“ Kinder, nachdem sie sich den Inhalt vom Finanzsenator hat erklären lassen. Inzwischen haben schon andere Verwaltungen aufgrund der Presseveröffentlichungen nachgefragt und um den Dienstvereinbarungstext gebeten.

Wir würden uns wünschen, dass der Senator auch in den Tarifverhandlungen künftig die Betroffenen im Auge hat und auch hier für eine schnelle Unterschrift unter einen ebenso guten Tarifvertrag sorgt und die Ergebnisse auf den Beamtenbereich überträgt.

Auf der ver.di-Abschlussstagung des Projektes „Gender / Stress – Geschlechterrollen und psychische Belastungen“ machte Finanzsenator Nußbaum am 28.10.2009 die Wichtigkeit dieses Themas für die Verwaltung deutlich. Nußbaum war eingeladen worden, weil sich das Finanzamt Mitte / Tiergarten an diesem Projekt beteiligte. Die vau hatte dazu mehrfach ausführlich berichtet.



Eine Weihnachtsgeschichte

Ziemlich frei nach Charles Dickens



**Wir wünschen allen
Kolleginnen und
Kollegen ein frohes
Weihnachtsfest und
ein gesundes und
erfolgreiches neues
Jahr 2010!**

Senator Max Sparbaum ist ein unverbesserlicher Geizhals. Für ihn ist Weihnachten kein Fest, sondern eine Plage. So lädt er weder seine Verwandten ein (Freunde hat er ohnehin nicht mehr), noch gibt er seinen Beschäftigten ausreichend Lohn und einen freien Tag nur deshalb, weil die Kirchen darauf bestehen. Einige Tage vor Heiligabend des Jahres 2009 erscheint ihm im Traum sein Amtsvorgänger Thilus. Der ist in Ketten gelegt, hager und hässlich und bereut längst sein Leben als hartherziger Dienstherr. In einem Anfall später Reue und mit einem gut vorbereiteten Folienvortrag will er Max Sparbaum von dessen falschem Weg abratet und wieder auf den Pfad des fürsorglichen Senators bringen. Thilus kündigt ihm den Besuch von drei Geistern an.

In der ersten Nacht erscheint der runde und rosige „Geist der vergangenen Weihnacht“, der ihn auf eine Reise in die Vergangenheit mitnimmt. Da sitzt der kleine Maxi wieder bei seinen Eltern mit Geschwistern am warmen Ofen, der Tisch biegt sich von leckerem Braten, dunkler kräftiger Soße und duftendem Gemüse und unter dem glitzernden Weihnachtsbaum stapeln sich die Weihnachtsgeschenke. Doch dann zeigt ihm der Geist, wie er nach dem Studium in den Senat einzieht, wie seine Freundin die Beziehung zu ihm abbricht, weil er ihr nie Geschenke macht, sondern sich nur noch dafür interessiert, wie er Geld einsparen und seinen Beschäftigten mehr Leistung abverlangen kann. Auch sieht er ein ausgelassenes Fest, bei dem seine ehemaligen Freunde mit ihren Familien ein glückliches Weihnachten feiern. Wehmut überkommt ihn. Völlig erschöpft kehrt Max Sparbaum mit dem Geist zurück und sinkt auf sein Bett.

In der nächsten Nacht erscheint der schlanke „Geist der gegenwärtigen Weihnacht“. Dieser führt ihn zum Haus seines Schreibers Hans Heiter. Dort erlebt er ein herzliches aber karges Weihnachtsfest. Die Familie hat kaum etwas zu essen, die Geschenke sind spärlich, doch sie kommen von Herzen. Die Eltern erzählen den Kindern von guten, alten Zeiten, als alle genug Lohn für ihre Arbeit bekamen und man daher seinen Kindern ihre Wünsche erfüllen konnte. Damals stand so viel Essen auf dem Tisch, dass sie sogar noch Freunde einladen konnten. Max Sparbaum erkennt, dass die Eltern ihren Kindern trotz allem ein schönes Weihnachten bereiten. Er schämt sich sehr, dass er

es ihnen mit seiner unmäßigen Sparwut so schwer gemacht hat.

Der letzte Geist ist der knochige „Geist der zukünftigen Weihnacht“. Er zeigt Max Sparbaum seinen eigenen Tod in einer kalten, dunklen Kammer und seinen Grabstein auf einem öden Grab, um das sich niemand kümmert. Die Menschen erinnern sich nicht mal mehr an ihn, es bleibt nichts übrig von seinem geizigen Streben.

Als Max Sparbaum am Weihnachtsmorgen erwacht, ist er ein anderer Mensch. Er hat den Sinn der Weihnacht verstanden. Seinem Schreiber Hans Heiter schickt er einen Truthahn, außerdem erklärt er öffentlich, ab sofort seinen Beschäftigten anständige Löhne zu zahlen und bittet bei Freunden und Verwandten um Verzeihung. Die folgen überrascht seiner Einladung und gemeinsam feiern sie ein wunderschönes Weihnachtsfest.

Impressum

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30,
10179 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Antje Thomaß,
antje.thomass@verdi.de

Redaktion: Klaus-Dieter Gössel, Jörg Bewersdorf, Daniela Ortman

Layout: Manfred Schultz

Herstellung: tableau GmbH

Ausdruck eines Beitrittsformulars unter

www.vau-online.de

www.vau-online.de

www.ver.di.de

www.verdi.de/berlin/fachbereiche/fb_06

www.bb-verdi.de

Leserbriefe an: info@vau-online.de